

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse sowie sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung.

Der Vorsitzende führt aus, dass seitens des Gemeinderats kein Widerspruch gegen die Tagesordnung besteht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende Frau Gemeinderätin Rita Koller-Goertz nachträglich zum Geburtstag.

278

17

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Realisierung des Kinderhauses Unterföhring Süd; Vorstellung der überarbeiteten Entwurfsplanung für die Außenanlagen

In der Sitzung des Gemeinderates am 18.06.2009 wurde dem Gemeinderat die Entwurfsplanung des Landschaftsarchitekten Professor Kagerer vom 30.04.2009 zur Einsichtnahme vorgelegt. Der Erläuterungsbericht des Landschaftsarchitekturbüros Kagerer, Ismaning, vom 30.04.2009 zu Spielflächen, Wasserspielplatz, Einfriedung, Bepflanzung, Erschließung, Zugang und Eingangshof sowie Pflegezufahrt, wurde dem Gemeinderat mit der Sitzungseinladung zum 18.06.2009 zugestellt.

Der Gemeinderat hat hierbei beschlossen, dass der Entwurfsplanung dem Grunde nach zugestimmt wird, jedoch hinsichtlich der Flucht- und Spielstege die Außenanlagen in diesen Bereichen neu zu überplanen sind.

Als weitere Anregung wurde durch den Gemeinderat angedacht, einen Spielsteg mit Rodelhügel in den Außenanlagen unterzubringen.

Die Außenanlagen wurden in drei Varianten von den Fachplanern überarbeitet.

Die drei Entwurfsvarianten, Stand 30.06.2009, sowie die Lageplanskizze vom 08.12.2008 (Der Version Langhaus mit Spiel- und Fluchtstegen wurde vom Gemeinderat am 27.01.2009, Nr. G144, zugestimmt), sind an die Gemeinderatsmitglieder in der Vorunterrichtung am 06.07.2009 verteilt worden.

Variante 1-Kleiner Spielsteg

Anordnung und Größe des bisher vorgesehenen Spielbereichs bleibt weitgehend erhalten.

Der Spielsteg in Kombination mit krippengerechten Spielgeräten stellt eine

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ergänzung zu den bisher geplanten Spielbereichen dar.
Die optische Verlängerung der Fluchttreppe im südlichen Teil des Grundstücks bildet die Verbindung vom Gebäude zu den naturnahen Spielflächen.

Variante 2-Rodelhügel mit Steg

Bei dieser Variante ist es erforderlich, ca. 1/3 des Baumbestandes zu roden. Ferner ist eine Verlagerung des Sandspielkastens und des Wasserspielplatzes erforderlich. Eine Rodelnutzung für Krippenkinder ist als kritisch anzusehen. Eine Reduzierung des Gefälles des Rampenweges auf 6 % würde eine Verdoppelung der Wegelänge erforderlich machen. Ferner ist eine zusätzliche Baumrodung dann notwendig.

Variante 3-Steg

Auf Grund des Geschosshöhe von 3,50 m und des zusätzlichen zu überwindenden Höhenunterschiedes im Gelände von (80 cm) ist bei dem vorgegebenen Gefälle von 6 % ein Steg von mindestens 70 m Länge erforderlich.

Bei dieser Variante ist für den Bau des Steges und den späteren Unterhaltsmaßnahmen sowohl die Rodung der Bäume als auch ein umfangreicher Rückschnitt der Kronen erforderlich.

Durch die Stützkonstruktion des Steges sind umfangreiche Eingriffe in den Wurzelbereich der Bestandsbäume notwendig. Diese Variante bringt im späteren Unterhalt aufwendige Verkehrssicherungsmaßnahmen im Winter (ggf. Sperrung) mit sich. Die Kombination mit Spielgeräten (z.B. Rutschen, Kletternetze) ist aus Sicherheitsgründen nicht auf der gesamten Länge möglich; bei einer für Krippenkinder sinnvollen Höhe von 1,0 m – 1,2 m bleibt nur das untere Drittel des Steges zum Spielen.

Durch das Landschaftsarchitekturbüro Professor Kagerer, Ismaning, wurde eine weitere überarbeitete Planung, Stand 23.07.2009 – Variante 4 und 5 vorgelegt. Diese beiden Varianten wurden am 27.07.2009 den Fraktionsvorsitzenden per Mail übersendet. Die Varianten 4 und 5 werden am 28.07.2009 als Tischvorlage dem Gemeinderat vorgelegt.

Variante 4-Spielsteg westlich am Gebäude

Bei einer Steglänge von 30 m mit 6 % Gefälle endet der Fluchsteg mit einer Spielplattform mit ca. 2,0 m Höhe, die für die Krippenkinder bedingt geeignet ist, jedoch für Kindergartenkinder unbedenklich.

Bei dieser Variante ist für den Bau des Steges und den späteren Unterhaltsmaßnahmen nur ein eingeschränkter Geräteeinsatz im Kronen- und Wurzelbereich der Bestandsbäume möglich. Aufwendige Verkehrssicherungsmaßnahmen im Winter – Sperrung als Fluchtweg – nicht möglich.

Kombination mit Spielgeräten (Kletternetz, Rutsche, Spielturm etc.)

Variante 5- Spielsteg auf Höhe Gebäudemitte

Bei einer Steglänge von 20 m mit 6 % Gefälle endet der Fluchsteg mit einer Spielplattform mit ca. 2,85 m bzw. 2,20 m Höhe, die zum Spielen für die Krippenkinder nicht geeignet ist, jedoch für Kindergartenkinder unbedenklich.

Der Fluchtweg ist über eine Rutsche bzw. Wendelrutsche gewährleistet. Aufwendige Verkehrssicherungsmaßnahmen im Winter – Sperrung als Flucht-

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

weg – nicht möglich.

Kombination mit Spielgeräten (Kletternetz, Rutsche, Spielturm etc.)

Herr Anderer vom Landschaftsarchitekturbüro Kagerer, Ismaning, und Herr Riehl vom Architekturbüro Hirner & Riehl, München, erläutern die Planung hinsichtlich der Außenanlagen und der Fluchtstege in der heutigen Gemeinderatssitzung.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass für das Gebäude die Bauantragsunterlagen des geplanten Kinderhauses, Stand 20.07.2009, an das Landratsamt München zur Genehmigung eingereicht wurden.

279 17 Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Entwurfsplanung - Variante 5 - des Büros Kagerer, Ismaning, für die Außenanlagen, Stand 23.07.2009, zu.

Die Freiflächenplanung (Variante 5), Stand 23.07.2009, ist zur Genehmigung an das Landratsamt München weiterzuleiten.

Az.: 6010/3
3.4; 2.1; 3.3; 3.1

280 17 **Erweiterung des Sportzentrums an der Jahnstraße; Sachstandsbericht**

Der Vorsitzende schlägt zu diesem Tagesordnungspunkt vor, den Tagesordnungspunkt 9 der öffentlichen Sitzung - Erweiterung des Sportzentrums an der Jahnstraße; Vorstellung der überarbeiteten Kostenschätzung - gleich im Anschluss an die Behandlung des o. g. Tagesordnungspunktes zu beraten, da es sich hierbei um den gleichen Sachpunkt handele.
- Zustimmende Kenntnisnahme der Mitglieder des Gemeinderats. -

Der Erste Bürgermeister verweist auf die Beschlussfassung in der Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009, Nr. G234. In dieser Sitzung wurde dem Planungsbüro für die Erweiterung des Sportzentrums die Maßnahme auf ein Gesamtbudget von 17,0 Mio. € brutto gedeckelt.

Das Gesamtbudget soll nach dieser Beschlussfassung folgende Grundsätze aufweisen:

1. Die Gesamtmaßnahme wird auf insgesamt 17,0 Mio. € brutto inkl. Planungskosten festgeschrieben.
2. Die Mindestanforderung des Energiestandards gemäß EnEv2009 (entsprechend N.E Hs) bei der Heizungsanlage ist dabei ebenfalls enthalten.
3. Es ist eine PV-Anlage nach der vorgestellten Variante B (540.000 €) einzuplanen.
4. Die maximale Zuschauerkapazität ist gemäß der Aufgabenstellung

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- des Wettbewerbs (2007) für die Ringerhalle zwischen 150 bis 200 Personen und für die Gerätturnhalle bis 300 Personen vorzusehen.
5. Der neue Gastronomiebereich (EG) ist dementsprechend anzupassen.
 6. Es wird erwartet, dass die Temperaturen und die Luftqualität für den Trainings- und Wettkampfbetrieb bei den Sporthallen dem aktuellen Standard ohne Qualitätsnachteil entsprechen.
 7. Der Einbau einer Kühlanlage erscheint nicht sachgerecht und ist durch eine optimierte Lüftungskonzeption zu realisieren.
 8. Die Ausstattung für den sportlichen Betrieb (Sportgeräte etc.) und die Kosten für die Außenanlagen sind in den Gesamtkosten beinhaltet.
 9. Auf eine LED-Videowand ist gänzlich zu verzichten und dafür ist eine Anzeige (vergleichbar der in der 3-fach-Halle) vorzusehen.
 10. Die neuerdings zusätzlichen Technikräume im Umfang von ca. 1.000 m² sind auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit nochmals genau zu überprüfen.

Im Rahmen des Planer-Jour Fix am 18.06.2009 waren die Fachplaner aufgefordert worden, die Einsparungspotentiale aufzuzeigen. Nach bisheriger Planung wird der nach Gemeinderatsbeschluss vom 18.09.2008 zulässige Jahresheizwärmebedarf deutlich unterschritten. Es ist zu prüfen, ob dies bei Einhaltung der zulässigen Grenzwerte mit verringerten Investitionskosten realisierbar ist (z. B. geringere Wärmerückgewinnung, einfachere Lüftungsanlage / Fensterlüftung).

Nach vorläufigen Abwägungen lassen sich Einsparungspotentiale durch

- den Entfall der Grauwassernutzung, Kältezentrale
- Reduzierung der Dachlasten (Entfall des Gründachs)
- Einsparungen im Bereich der Wartungsebene im Bereich Dachtragwerk
- Reduzierung der Spannweite des Dachtragwerks im Bereich der Ringerhalle erzielen.

Die Vorstellung und Zusammenführung der einzelnen Ergebnisse erfolgte am 29.06.2009 durch das Architekturbüro SSP, Herrn Streit, Waldkraiburg.

Des Weiteren wurden im Rahmen der Vorwegmaßnahmen die Unterfangung und der Rückbau der Zisterne am 18.06.2009 beschränkt ausgeschrieben. Die Genehmigungsstatik wird bis Ende Juli zur Vergabe der Ausführungsleistung erstellt.

Im Bereich nördlich des Sportzentrums sind sechs Außenleuchten zu demonstrieren. Die Fa. E.ON wurde bereits durch die Gemeinde beauftragt, diese Leistung durchzuführen.

Das Architekturbüro SSP, Herr Streit, Waldkraiburg, und die Fachplaner haben dem Gemeinderat die ausgearbeiteten Einsparungsmöglichkeiten näher erläutert und die aus dem Gremium gestellten Fragen beantwortet.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 6102/6024

3.4; 3.1; 3.2; 2.0; Sportzentrum

Erweiterung des Sportzentrums an der Jahnstraße: Vorstellung der überarbeiteten Kostenschätzung

Der Gemeinderatsbeschluss vom 14.05.2009, Nr. 234, wird in Erinnerung gebracht, in dem beschlossen wurde, dass das Architekturbüro Streit, Stegshuster und Partner - SSP, Waldkirchen, eine neue Kostenermittlung auf der Grundlage der Beschlussfassung auszuarbeiten hat.

In dieser Sitzung wurde dem Planungsbüro für die Erweiterung des Sportzentrums die Maßnahme auf eine Gesamtbudget von 17,0 Mio. € brutto gedeckelt.

Das Gesamtbudget soll nach dieser Beschlussfassung folgende Grundsätze aufweisen:

1. Die Gesamtmaßnahme wird auf insgesamt 17,0 Mio. € brutto inkl. Planungskosten festgeschrieben.
2. Die Mindestanforderung des Energiestandards gemäß EnEV2009 (entsprechend dem Niedrighausenergiestandard) bei der Heizungsanlage ist dabei ebenfalls enthalten.
3. Es ist eine PV-Anlage nach der vorgestellten Variante B (540.000 €) einzuplanen.
4. Die maximale Zuschauerkapazität ist gemäß der Aufgabenstellung des Wettbewerbs (2007) für die Ringerhalle zwischen 150 bis 200 Personen und für die Geräturnhalle bis 300 Personen vorzusehen.
5. Der neue Gastronomiebereich (EG) ist dementsprechend anzupassen.
6. Es wird erwartet, dass die Temperaturen und die Luftqualität für den Trainings- und Wettkampfbetrieb bei den Sporthallen dem aktuellen Standard ohne Qualitätsnachteil entsprechen.
7. Der Einbau einer Kühlanlage erscheint nicht sachgerecht und ist durch eine optimierte Lüftungskonzeption zu realisieren.
8. Die Ausstattung für den sportlichen Betrieb (Sportgeräte etc.) und die Kosten für die Außenanlagen sind in den Gesamtkosten beinhaltet.
9. Auf eine LED-Videowand ist gänzlich zu verzichten und dafür ist eine Anzeige (vergleichbar der in der 3-fach-Halle) vorzusehen.
10. Die neuerdings zusätzlichen Technikräume im Umfang von ca. 1.000 m² sind auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit nochmals genau zu überprüfen.

Die Gegenüberstellung der Kostenschätzung vom 26.04.2009 und 30.06.2009 des Architekturbüros Streit, Stegshuster und Partner wurde den Gemeinderatsmitgliedern am 24.07.2009 zugestellt.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kostenschätzung vom 30.06.2009 wird durch das Architekturbüro Streit, Stegshuster und Partner, Herrn Streit, sowie durch die anwesenden Fachplaner Herrn Schweiger, Ing. Büro Bauer (Heizung-Lüftung-Sanitär-Planung), Herrn Kurras, Obermeyer planen + beraten (Elektroplanung), Herrn Rinck, Ing. Büro Müller BBM (Bauphysik) und Herrn Kittmann, Ing. Büro EDR (Projektsteuerung) erläutert. Herr Schweiger vom Ing.-Büro Bauer erklärt aus Sicht der Fachplanung HLS die Notwendigkeit einer Kühlung. Dabei bringt er die Ergebnissgutachten zu sommerlichen Temperaturen vom Ing.-Büro Müller BBM, Nr. M78775/5, in Erinnerung.

Nach einer ausführlichen Diskussion im Gremium des Gemeinderats mit den anwesenden Fachplanern lässt der Vorsitzende über die weiteren Schritte abstimmen, nachdem Gemeinderatsmitglied Herr Kemmelmeier den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Diskussion gestellt hat.

281 17 Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat nimmt die überarbeitete Kostenschätzung vom Architekturbüro Streit, Stegshuster und Partner, Stand 30.06.2009, mit 17.572.799,79 € brutto zur Kenntnis und die weiteren Planungsschritte sind vorzunehmen. Darin ist die Photovoltaikanlage (PV-Anlage) mit Verstärkung (Statik) des Dachs, eine elektronische Anzeigentafel (ELT) vergleichbar der in der 3-fach-Halle vorzusehen sowie die EnEV 2009 zwingend zu beachten. Ansonsten wird der Gemeinderatsbeschluss vom 14.05.2009, Nr. 233, vollinhaltlich aufrechterhalten.

Az.: 5212
3.4; 2.0

Ausarbeitung eines Rahmenplanes für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (BAHOG-Gelände); weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister berichtet, dass anhand des Ortsentwicklungsplanes vom April 2002 das BAHOG-Gelände überplant werden soll. Der Gemeinderatsbeschluss vom 09.10.2008, Nr. 104, in dem der Antrag der SPD zur Ausarbeitung eines Rahmenplanes beschlossen wurde, wird in Erinnerung gebracht.

Auf dem bestehenden BAHOG-Gelände sollen u. a. auch Einrichtungen zur Nahversorgung entstehen.

Bereits im Rahmen der Ortsentwicklungsplanung wurde dem Gemeinderat empfohlen, das Versorgungsangebot im Ortsbereich von Unterföhring für die Bevölkerung und auch die Beschäftigten durch die Errichtung eines Nahversorgungszentrums mit Standort im BAHOG-Gelände zu verbessern. Zur aktiven Steuerung der Umstrukturierung des BAHOG-Geländes wird durch die Gemeinde die Beauftragung einer Rahmenplanung empfohlen.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die Ausarbeitung des ersten Rahmenplanentwurfes könnte der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München beauftragt werden, da dieser den vollständigen Ortsentwicklungsplan mit ausgearbeitet hat.

282 17 Beschluss: 17 : 0

Für die Ausarbeitung des ersten Rahmenplanentwurfes für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (BAHOG-Gelände) ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu beauftragen.

Die Vorberatungen sind durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vorzunehmen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Az.: 6140

3.1; 3.4; 3.3; 3.2; 2.0

Herr Ilmberger verlässt um 21.05
Uhr den Sitzungssaal und kehrt
um 21.10 Uhr in den Saal zurück.

Sachstandsbericht zur Krippensituation und evtl. weiteres Vorgehen; Empfehlungsbeschluss aus dem Wohnungs- und Sozialausschuss

Nach den Absagen durch die Arbeiterwohlfahrt bezüglich Krippenplätze, die in den vergangenen Wochen versandt wurden, sind bei der Gemeinde Unterföhring vielfach Beschwerden wegen Nichterhalt eines Platzes eingegangen. Zahlreiche Eltern haben u.a. bei der Bürgermeistersprechstunde vorgesprochen als auch schriftlich ihren Unmut kundgetan.

Teilweise wird auch angeregt, im Krippenbereich entsprechende Gebühren vorzusehen.

Nachdem der Druck im Bereich der Krippenplätze sehr groß ist, sind von der Verwaltung in der Sitzung des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 30.06.2009 Maßnahmen vorgeschlagen worden.

Die Mitglieder des Wohnungs- und Sozialausschusses haben den Sachstandsbericht nach den Absagen der Arbeiterwohlfahrt bezüglich Kinderkrippen zur Kenntnis genommen und dem Gemeinderat folgendes empfohlen:

- Die Interimskindertagesstätte an der Straßäckerallee wird künftig in das neue Kinderhaus ab Ende 2010 übergeführt.
- Die Interimstagesstätte an der Straßäckerallee bleibt weiterhin auf Zeit bestehen, solange ein Bedarf nach Krippenplätzen in dieser Form besteht, insbesondere auch im Hinblick auf den Anspruch auf einen Krippenplatz im Jahr 2013.
- Die Krippengruppe in der Pfarrvilla wird ebenfalls nach Fertigstellung in das neue Kinderhaus übergeführt.
- Der Kinderpark der Nachbarschaftshilfe wird ebenfalls seinen bisheri-

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

gen Standort verlassen und in der Interimstagesstätte an der Straßäckerallee seinen Platz finden.

- Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Nachbarschaftshilfe bezüglich einer Erweiterung des Kinderparks bereits für das Jahr 2009/2010 aufzunehmen. Der Gemeinderat möge eine diesbezügliche Defizitübernahme auch für die Anmietung von Räumen oder sonstige zur Verfügungstellung von Räumen beschließen.

Dieser Beschluss darf in der nächsten Gemeinderatssitzung öffentlich bekannt gegeben werden.

Des Weiteren hat die Nachbarschaftshilfe am 09.07.2009 ein Schreiben bei der Gemeinde eingereicht, wonach u. a. 12 Plätze voraussichtlich frei werden und die Öffnungszeiten etwas erweitert werden können. Ebenso könnten zwei Tagesmütter zur Verfügung stehen, allerdings müssten Räume durch die Gemeinde angeboten werden. Das Schreiben wird bekannt gegeben.

Beschluss: 17 : 0

283 17

Die Mitglieder des Gemeinderats folgen dem Empfehlungsbeschluss des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 30.06.2009 und legen folgendes fest:

- Die Interimskindertagesstätte an der Straßäckerallee wird künftig in das neue Kinderhaus ab Ende 2010 übergeführt.
- Die Interimstagesstätte an der Straßäckerallee bleibt weiterhin auf Zeit bestehen, solange ein Bedarf nach Kindertagesstättenplätzen in dieser Form besteht, insbesondere auch im Hinblick auf den Anspruch auf einen Krippenplatz im Jahr 2013.
- Die Krippengruppe in der Pfarrvilla wird ebenfalls nach Fertigstellung in das neue Kinderhaus übergeführt.
- Der Kinderpark der Nachbarschaftshilfe wird bis auf Weiteres seinen bisherigen Standort verlassen und in der Interimstagesstätte an der Straßäckerallee seinen Platz finden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Nachbarschaftshilfe bezüglich einer Erweiterung des Kinderparks bereits für das Jahr 2009/2010 aufzunehmen. Der Gemeinderat übernimmt erforderlichenfalls das Defizit auch für die Anmietung von Räumen oder sonstige zur Verfügungstellung von Räumen.

Az.:
0.1; 2.1; 3.1

Gemeindliches Archiv;

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

a) Erlass einer Archivsatzung für die Gemeinde Unterföhring

b) Erlass einer Gebührensatzung zur Archivsatzung für die Gemeinde Unterföhring

Die Einrichtung und der Erhalt eines gemeindlichen Archivs zählt zu den sog. Pflichtaufgaben nach Art. 57 der Gemeindeordnung.

Mit der Einrichtung ist durch die Anstellung einer Verwaltungsangestellten (Teilzeit und befristet) Ende letzten Jahres begonnen worden.

Des Weiteren hat sich mit Wirkung vom 01.01.2009 eine Rechtsänderung im Bereich des Standesamtes ergeben.

Personenstandsbücher (Geburten-, Heirats-, Sterbe- und Familienbücher) werden nun nicht mehr unbegrenzt im Standesamt aufbewahrt, sondern nach bestimmten Fristen müssen sie dem Archiv übergeben werden. Das Archiv kann dann entsprechende Archivbescheinigungen (nicht mehr Urkunden!) ausstellen.

Um dies ordnungsgemäß vollziehen zu können, wurde allen Gemeinden vom Kreisarchivpflegeheim Herrn Dr. Bachter vorgeschlagen, soweit nicht schon vorhanden, entsprechende Archivsatzungen samt Gebührenregelung vom Gemeinderat zu erlassen.

Der vorliegende Entwurf der Stammsatzung vom 02.07.2009 entspricht dem Muster nach der Empfehlung des Bayerischen Städtetags bzw. auch des Kreisarchivpflegers.

Der Entwurf der Stammsatzung zur Regelung der Benützung des gemeindlichen Archivs sowie der Entwurf für die Satzung zur Gebührenregelung vom 02.07.2009 ist den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt worden.

a) Erlass einer Archivsatzung für die Gemeinde Unterföhring

Beschluss: 17 : 0

284 17

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der Satzung der Gemeinde Unterföhring für die Aufgaben und Benutzung des Gemeindearchivs gemäß Entwurf vom 02.07.2009. Die Verwaltung wird beauftragt, das Satzungsverfahren durchzuführen.

- siehe Beilage -

b) Erlass einer Gebührensatzung zur Archivsatzung für die Gemeinde Unterföhring

Beschluss: 17 : 0

285 17

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Unterföhring für die Aufgaben und Benutzung des Gemeindearchivs gemäß Entwurf vom 02.07.2009.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Satzungsverfahren durchzuführen.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- siehe Beilage -

Az.:
0.1; 2.1; Archiv

Bestellung eines/einer Senioren- und Behindertenbeauftragten für die

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeinde Unterföhring; Festlegung der Person

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 14.05.2009, Nr. 228, ist beschlossen worden, dass für die Gemeinde Unterföhring ein/einer Senioren- und Behindertenbeauftragte/r bestellt wird. Diese Tätigkeit soll ehrenamtlich mit entsprechender Aufwandsentschädigung (600,- € pro Jahr) ausgeübt werden. Der Gemeinderatsbeschluss vom 14.05.2009 wird in Erinnerung gebracht.

Nun gilt es, eine entsprechende Person für dieses Ehrenamt zu finden.

Beschluss: 17 : 0

286

17

Für die Gemeinde Unterföhring wird Frau Helga Lustig als Senioren- und Behindertenbeauftragte ab 01.08.2009 bestellt. Diese Tätigkeit wird ehrenamtlich mit entsprechender Aufwandsentschädigung (600,- € pro Jahr) ausgeübt.

Az.:

0.1; 0.2; 2.1; 1.24; 4.1

Bekanntgaben und Anfragen

- ❖ Der Vorsitzende informiert die Mitglieder des Gemeinderats dahingehend, dass Herr Bürgermeister Werner Groll der Partnergemeinde Kamsdorf bei den im Juni erfolgten Kommunalwahlen in Thüringen erfolgreich wiedergewählt worden ist und sein Amt angetreten hat.
- ❖ Der Vorsitzende gibt ein Dankesschreiben der Evang.-Lutherischen Kirchengemeinde Ismaning/Unterföhring vom 25.05.2009 zur Unterstützung der künstlerischen Ausgestaltung der Gabrielkirche in Ismaning bekannt.
- ❖ Des Weiteren gibt der Vorsitzende ein Dankesschreiben des SV Solidarität Ismaning e. V. vom 25.05.2009 hinsichtlich der Bewilligung des Vereinszuschusses für das Jahr 2009 den Mitgliedern des Gemeinderats bekannt.
- ❖ Der Vorsitzende informiert die Mitglieder über ein Dankesschreiben der Bayerischen Akademie für Fernsehen e. V. vom 13.05.2009 hinsichtlich der jährlichen Förderung von 120.000,- € durch die Gemeinde.
- ❖ Es wird vom Vorsitzenden die Mitteilung des Landratsamtes bekannt gegeben, dass die derzeitigen Grillzonen am Feringasee bis zum Saisonende so belassen werden und erst anschließend erneut mit den bis dahin gesammelten Erfahrungen im Kreistag hierüber beraten werden wird.
- ❖ Der Vorsitzende gibt ein Schreiben des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus vom 28.05.2009 hinsichtlich des Ausbaus gebundener Ganztagschulen an bayerischen Schulen bekannt, wonach der Antrag der Hauptschule Ismaning auf Einführung zum Schuljahr 2009/ 2010 entsprechend genehmigt wird.
- ❖ Der Vorsitzende informiert die Mitglieder des Gemeinderats hinsichtlich

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

des Sachstands zur Modellierung des Rodelhügels an der Aschheimer Straße.

- ❖ Abschließend gibt der Vorsitzende bekannt, dass eine Prüfung der Ampelschaltungen an der Staatsstraße beim Staatlichen Bauamt Freising angefordert worden ist.

Schulbusfahrten für die Fahrten von und zum Werner-Heisenberg-Gymnasium Garching; Antrag der Schulleitung auf zusätzliche Kostenübernahme

Mit Schreiben vom 26.06.2009 (Posteingang 08.07.2009) übermittelt der Direktor des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, Herr Dr. Hauner, einen Erfahrungsbericht über die im Schuljahr 2008/2009 zusätzlich eingesetzten Busse und stellt zugleich einen neuen Antrag für das Schuljahr 2009/2010.

Der Antrag der Schule ist den Mitgliedern des Gemeinderats zugestellt worden.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.07.2008 hatte sich der Gemeinderat bereiterklärt, gemeinsam mit der Gemeinde Ismaning, verschiedene Verbesserungen für den Schulbusverkehr zwischen den jeweiligen Gemeinden und dem Gymnasium ab Herbst 2008 probeweise einzuführen.

Der damalige Beschluss vom 16.07.08, Nr. G76, wird bekannt gegeben.

Die Verwaltung hat nun mit Schreiben vom 26.05.2009 einen Erfahrungsbericht hinsichtlich der Akzeptanz etc. beim Werner-Heisenberg-Gymnasium erbeten.

Nach dem vorgetragenen Erfahrungsbericht scheint der Einsatz der verschiedenen Busse weiter geboten.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, dem Antrag des Gymnasiums zu entsprechen und die zusätzlichen Kosten auch für das Schuljahr 2009/2010 anteilig mit der Gemeinde Ismaning zu übernehmen (je nach Schülerschlüssel). Die Zustimmung des Gemeinderats solle mit der Maßgabe erfolgen, dass sich die Gemeinde Ismaning wie bisher entsprechend beteiligt.

Beschluss: 17 : 0

287

17

Der Gemeinderat nimmt den Erfahrungsbericht zur Schulbussituation im Schuljahr 2008/2009 gemäß Schreiben vom 26.06.2009 zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, dem Antrag des Werner-Heisenberg-Gymnasiums für das Schuljahr 2009/2010 in der beantragten Form zu entsprechen und hierfür die überplanmäßigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Dieses Einvernehmen des Gemeinderats ergeht auf der Basis, dass sich die Gemeinde Ismaning, wie auch bisher, entsprechend anteilig (nach Schülerzahl) an der Verbesserungsmaßnahme beteiligt.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Werner-Heisenberg-Gymnasium Garching wird unabhängig davon beauftragt, die entsprechende Übernahme beim Kostenträger (Landratsamt München) für den Schülerverkehr zu beantragen und zu versuchen, vorrangig die Kosten für die zusätzlichen Busfahrten zu erreichen.

Az.:
0.1; 2.1; 3.1

Öffentlicher Personennahverkehr:

a) Kostenübernahme für Buslinien 231 und 233

b) Fahrtwegverlängerung der Buslinie 188 in den Abendstunden bis zur Haltestelle Feringastrasse

a) Kostenübernahme für Buslinien 231 und 233

Der Bürgermeister gibt das Schreiben des Landratsamts München vom 03.06.2009 bekannt, in dem mitgeteilt wird, dass die Erprobungsmaßnahmen der MVV-Buslinien 231 und 233 zum Jahresfahrplanwechsel (12.12.2009) auslaufen.

Zum Jahresfahrplan 2006 wurde das Fahrtenangebot um folgende Fahrten ergänzt:

Regionalbuslinie 231

- 5.31 Uhr, 6.41 Uhr, 20.11 Uhr und 20.51 Uhr ab Ismaning
- 20.46 Uhr ab Studentenstadt

Regionalbuslinie 233

- 20.20 Uhr ab Studentenstadt
- 20.40 Uhr ab Studentenstadt

Auf Grund der guten Fahrgastakzeptanz werden diese Fahrten von der MVV GmbH dem Landkreis zur Weiterführung empfohlen.

Im Falle einer Ablehnung müssten die Kosten jedoch von der Gemeinde getragen werden.

Derzeit werden die Kosten bei der Buslinie 231 zu $\frac{1}{3}$ von der Gemeinde Unterföhring und zu $\frac{2}{3}$ von der Gemeinde Ismaning getragen.

Beschluss: 17 : 0

288 17

Der Gemeinderat stimmt im Falle der Ablehnung der Kostenübernahme durch den Landkreis der Übernahme der Kosten zu.

b) Fahrtwegverlängerung der Buslinie 188 in den Abendstunden bis zur

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Haltestelle FeringasträÙe

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss, Nr. 153, vom 15.01.2009 in Erinnerung, in dem eine Verlängerung der Fahrzeit der Stadtbuslinie 188 ab 20.37 Uhr bis 22.56 Uhr (letzte Fahrt Ortsbus) bis zur Haltestelle FeringasträÙe befürwortet wird und spätestens ab dem Fahrplanwechsel 2009/2010 einzuführen ist.

Laut MVG war eine Verknüpfung der Ortsbuslinie 232 mit der Stadtbuslinie 188 während dem laufenden Jahr nicht möglich, so dass eine Verlängerung der Fahrzeit nicht zielführend gewesen wäre.

Ab dem Fahrplanwechsel 2010 (12.12.2009) kann die Verknüpfung der beiden Buslinien befristet bis zur Inbetriebnahme der Trambahnlinie 18 St.-Emmeram erfolgen.

Die Kosten für die Verlängerung von acht Fahrten an den Betriebstagen Montag bis Samstag in Höhe von rund 7.850,00 € sind von der Gemeinde zu tragen

Beschluss: 16 : 1

289 17

Der Gemeinderat stimmt einer Verlängerung der Fahrzeit der Stadtbuslinie 188 ab 20.37 Uhr bis 22.56 Uhr (letzte Fahrt des Ortsbusses) bis zur Haltestelle FeringasträÙe und der Übernahme der Kosten in Höhe von rund 7.850,- € pro Jahr zu. Eine akzeptable Wartezeit zwischen Stadtbuslinie 188 und Ortsbuslinie 232 ist zu beachten.

Az: 850/5
3.1; 2.1

Realisierung des Bürgerhauses; Vorlage der Projektänderungsanträge zu den Gewerken Elektro, Fassade und Möblierung

Der Bürgermeister erläutert den derzeitigen Stand und bringt zur Kenntnis, dass im Bauherrn-Jour Fix am 15.07.2009 die Projektänderungsanträge für die Gewerke Elektro (Bodenelektranten Bürgerhausplatz etc.), Fassade (Grafitenschutz etc.) und Möblierung (Bibliothek zusätzliche Schrankeinheiten etc.) durch die Verwaltung auf Grund fehlender bzw. nicht ausreichender Begründung zurückgewiesen wurden. Eine zeitnahe Abarbeitung durch die Verwaltung für die Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusssitzung am 21.07.2009 war nicht mehr gegeben.

Die Projektänderungsanträge sollten durch die Fachplaner für die Gemeinderatssitzung am 28.07.2009 zur Beschlussfassung erneut vorbereitet werden. Die überarbeiteten Projektänderungsanträge liegen zwischenzeitlich immer noch nicht vor, so dass die Verwaltung erneut den Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig vorbereiten konnte.

Die Projektänderungsanträge werden nun in der nächsten Gemeinderatssit-

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zung zur Beschlussfassung vorgelegt.

In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.07.2009 wurde der Projektänderungsantrag Nr. 62 und Nr. 62 a (Erweiterung der Zuschauertribüne) behandelt. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss sprach sich gegen eine Erweiterung der Zuschauertribüne aus und folgt der Empfehlung des Bühnenplaners Ing.-Büro Kottke, Bayreuth, vom 16.07.2009 und des Projektsteuerungsbüros BIP, München, vom 16.07.2009, dass die bisherige Planung mit 12 Reihen ansteigendes Gestühl beizubehalten ist.

Materialauswahl für die Außenanlagen; Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.07.2009

Der Bürgermeister bringt den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschussbeschluss vom 21.07.2009, Nr. 178, zur Kenntnis, in welchem dem Gemeinderat empfohlen wurde, für den Platten- und Stufenbelag auf dem Bürgerhausplatz die Farbe terralit nero (anthrazit) in geschliffenem und gestrahltem Betonstein in Rutschfestigkeit R11 (Fa. Rinn) auszuführen. Der Betonstein ist mit einer Kantenlänge von 1042 mm x 692 mm auszuführen. Die Tragfähigkeit von mindestens 38 t ist zu gewährleisten.

Beschluss: 14 : 3

290 17

Der Gemeinderat nimmt die Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.07.2009 zur Kenntnis und stimmt einem Platten- und Stufenbelag auf dem Bürgerhausplatz in der Farbe terralit nero (anthrazit) in geschliffenem und gestrahltem Betonstein mit Rutschfestigkeitsklasse R11 der Fa. Rinn zu. Eine Tragfähigkeit von mindestens 38 t ist zu gewährleisten.

Az.: 6102/6024
3.4; 3.1; 3.2; 2.0

291 17

Antrag der Bayerische Städte- und Wohnungsbau GmbH & Co. KG zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 73/03; Aufstellungsbeschluss

Die Bayerische Städte- und Wohnungsbau GmbH & Co. KG hat für das WA 46 im rechtsgültigen Bebauungsplan Nr. 73/03, Unterföhring Süd, Straßackerallee, im Februar 2009 einen Bauantrag gestellt und beim Landratsamt München eingereicht. Bei der Prüfung des Bauantrags ist das Landratsamt München der Ansicht, dass eine Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans erforderlich sein könnte.

Diese Frage konnte zwischen den Beteiligten bis zur heutigen Sitzung nicht abschließend geklärt werden. In der ersten Augustwoche 2009 ist ein klärendes Gespräch im Landratsamt München mit den Beteiligten terminiert.

Aus diesem Grund kann dieser Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

werden.

Az.: 6112

3.1

Bekanntgaben und Anfragen

- ❖ Der Vorsitzende informiert die Mitglieder des Gemeinderats dahingehend, dass die EU-weite Ausschreibung für die Stromlieferung abgelaufen ist. Eine Einholung von Angeboten bei verschiedenen Anbietern ist erfolgt. Die Zuschlagsfrist ist für Mitte August vorgesehen.
- ❖ Des Weiteren gibt der Vorsitzende ein Dankeschreiben der Eltern der Kinder in der Neubruchstraße für das aufgebaute Klettergerüst mit Schaukel bekannt.

Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats:

- ❖ Gemeinderatsmitglied Herr Kimmelmeyer fragt an, ob es schon neue Erkenntnisse bezüglich des FOS-Standortes gäbe. Der Vorsitzende teilt mit, dass hierzu noch keine konkrete Entscheidung vorliegt und verweist auf die Presseberichte für Unterschleißheim.
- ❖ Gemeinderatsmitglied Herr Zehetmair bittet um Mitteilung der Ergebnisse zu den durchgeführten Lärmmessungen an der Münchner Straße. Herr Bürgermeister erläutert kurz den Sachstand zur Lärmaktionsplanung und erinnert an die Behandlung dieses Themas in der NordAllianz-Sitzung. Die bisherigen Messungen sind als Zwischenstand noch nicht aussagekräftig. Erst nach Abschluss der Messungen im Herbst Jahres werden die Gesamtergebnisse bekannt gegeben.
- ❖ Gemeinderatsmitglied Herr Ebert erinnert an seine schriftliche Auskunftsanfrage vom 23.07.2009, ob Induktionsanlagen und Leitsysteme für Blinde und Sehbehinderte bei der Planung des Bürgerhauses vorgesehen sind. Der Fachbereichsleiter für Bau und Umwelt teilt dem Gremium mit, dass das Bürgerhaus barrierefrei geplant ist und die Anfrage von Herrn Ebert im Namen der CSU-Fraktion an den planenden Architekten, Herrn Guttenberger, von der WGG, Stuttgart, zur Stellungnahme weitergeleitet wurde.
- ❖ Abschließend gibt der Vorsitzende bekannt, dass das Schreiben von Herrn Andreas Briger, Gernweg 11, Unterföhring, vom 27.07.2009, Integrationsprojekt zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen, sog. „ProjektStevie“, an die Fraktionsvorsitzenden in der heutigen Sitzung verteilt worden ist. Zu diesem Schreiben können sich nun die Fraktionen und Bündnis 90/DIE GRÜNEN während der Sommerpause Gedanken machen.

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden für die Aufmerksamkeit und wünscht

19. Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sowohl den Mitgliedern des Gemeinderats, der Presse als auch den Zuhörern eine schöne Urlaubszeit und schließt die Sitzung um 21.50 Uhr.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer